

Miszelle

JAROSLAV VALENTA

ADDENDA ET CORRIGENDA
ZUR ROLLE PRAGS IM FALLE TUCHATSCHESKI

Die Abhandlung von Ivan Pfaff¹ ist dank neuer Quellen die bisher umfassendste Studie zum Problem des Anteils der tschechoslowakischen Diplomatie und des Präsidenten E. Beneš persönlich an der Tuchatschewski-Affäre. Die Dokumentation ist fast lückenlos, soweit die Archivbestände den Historikern vor 1968 zugänglich waren. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß die offiziöse Dokumentensammlung, die sogar in Zusammenarbeit mit den sowjetischen amtlichen Stellen vorbereitet wurde und parallel in Prag und Moskau erscheint², zu dieser Problematik nur ein Dokument (Nr. 204) enthält, nämlich den Bericht des sowjetischen Gesandten Alexandrowski vom 22. April 1937 über seine Audienz bei Beneš, dem er „die Gerüchte über eine bevorstehende Annäherung der UdSSR mit Deutschland widerlegte“. Der Name Tuchatschewskis kommt im Namensregister des Dokumentenbandes überhaupt nicht vor. Wie bekannt, ist auch in Beneš' Memoiren der ganze Fall nur sehr sparsam und unchronologisch behandelt. Eine Erwähnung durch I. Pfaff hätte deshalb die Biographie „Dr. Beneš“ von C. Mackenzie (englisch 1947, tschechisch 1948) verdient, die nach intensiven Gesprächen noch 1944 in England geschrieben wurde und auf den Fall etwas eingehender Bezug nimmt. Einen gewissen Anhaltspunkt für den Historiker stellt die Feststellung dar, daß Beneš ursprünglich glaubte, die Verhandlungen mit Berlin würden von offiziellen sowjetischen diplomatischen Stellen geführt.

Die wichtigste Korrektur und Ergänzung zu den Erörterungen von I. Pfaff betreffen seine Schlußfolgerung, es sei geradezu verblüffend, „daß Beneš, als er die Tuchatschewski-Affäre initiierte, ohne vorher die besagten ‚Dokumente‘ dem tschechoslowakischen militärischen Nachrichtendienst vorgelegt zu haben, der sie ohne jeden Zweifel als Fälschung entlarvt hätte“³. In diesem Punkte folgt er den ausführlichen und ziemlich selbstbewußten Erörterungen von Gen. Moravec, der im kritischen Jahre 1937 als Oberst das Amt des stellvertretenden Leiters des militärischen Nachrichtendienstes im Prager Hauptstab bekleidete. Gen. Moravec beschreibt die

¹ Ivan Pfaff, Prag und der Fall Tuchatschewski, in: VfZ 35 (1987) S. 95–134.

² Dokumenty a materiály k dějinám československo-sovětských vztahů [Dokumente und Materialien zur Geschichte der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen], Bd. III, Juni 1934–März 1939, herausgegeben von Č. Amort, M. I. Kopaševová, A. I. Nėdorezov, J. Pivoluska, Prag 1979, 720 S.

³ Pfaff, Prag, S. 115 f.

Tuchatschewski-Affäre in seinen Memoiren⁴ sehr ausführlich, aber ausschließlich gestützt auf internationale Literatur, aus eigener dienstlicher Erfahrung will er gar nichts darüber wissen. Ganz kategorisch stellt er fest, daß „in den Händen des tschechoslowakischen militärischen Nachrichtendienstes keine solchen Dokumente existierten“, wenn sie doch existierten, müßten sie Beneš vom anderen Nachrichtendienst (d. h. des Außenministeriums oder Innenministeriums) zugestellt worden sein. Moravec sagte ausdrücklich, Beneš habe ihm nie etwas darüber gesagt, und ist erstaunt, das Beneš ihm solche Dokumente nicht zur Verifizierung vorgelegt habe, „wie er es immer zu machen pflegte“. Moravec ist sicher, die Militärs hätten diese Fälschungen entlarvt, wie es schon in anderen Fällen passierte, als der Prager II. Abteilung seitens der Abwehr falsche Dokumente zur Täuschung zugespielt wurden.

Diese absolute Sicherheit möchte ich doch ein bißchen anzweifeln und nicht als sozusagen „totalsicher“ bezeichnen. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß die Fälschungen der angeblichen sowjetischen Dokumente in technischer Hinsicht sicher einwandfrei und auf hohem technischen Niveau waren; SD und RSHA hatten die dazu nötigen technischen Möglichkeiten. Dabei darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß es sich bei den kritischen Dokumenten nicht um deutsche Dokumente handelte, mit denen die Prager II. Abt. wirklich reiche und lange Erfahrung hatte, sondern um sowjetische, mit denen Prag, da die Verbindungen mit dem sowjetischen Nachrichtendienst und mit der Roten Armee überhaupt (laut F. Moravec) erst seit etwa einem Jahr existierten, also gar nicht genug Erfahrungen hatte; es war für eine solche Expertise auch nicht genug Vergleichsmaterial vorhanden – an beidem fehlte es in Berlin aus den früheren Zeiten bestimmt nicht. In dieser Lage mußte man den Schwerpunkt eher auf die innere, inhaltliche Kritik der Dokumente verschieben, aber auch in dieser Hinsicht standen in Prag unvergleichlich weniger Daten über die inneren Verhältnisse der Roten Armee zur Verfügung. Diese sachlichen Vorbehalte haben aber nur eine marginale Bedeutung.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Aussage eines der ehemaligen Mitarbeiter von F. Moravec hinweisen, die bisher nicht bekannt war; mir selber ist sie vor etwa anderthalb Jahren (1986) zur Kenntnis gekommen. Der Zeuge ist der letzte heute noch lebende leitende Offizier des tschechoslowakischen militärischen Nachrichtendienstes aus der Vorkriegs- und Kriegszeit, General a. D. Oldřich Tichý⁵. Dieser war im Ersten Weltkrieg tschechoslowakischer Legionär in Rußland, dann Berufsoffizier, Absolvent der Prager und Pariser Militärhochschule, seit 1932 im Nachrichtendienst tätig und 1937 als Generalstabsoberstleutnant Leiter der offensiven Sektion des Nachrichtendienstes. Seine Mitteilung im persönlichen

⁴ F. Moravec, *Master of Spies. The Memoirs of General Moravec*, London 1975, S. 108–110; ders. *Špion, kterému nevěřili* [Der Spion, dem man nicht glaubte], Toronto 1977, S. 156–158.

⁵ O. Tichý diente im Nachrichtendienst bis zum Frühjahr 1941, am 14. 3. 1939 war er unter den „Elf“, die mit Moravec von Prag mit einem holländischen Flugzeug nach London flüchteten. Die späteren Kriegsjahre diente er im Ministerium für Nationale Verteidigung der tschechoslowakischen Exilregierung in London, nach 1945 als General in höheren Stabsposten.

Gespräch im Jahre 1986, das sich ursprünglich mit ganz anderen Themen befaßte, war ganz spontan und knüpfte an unsere Diskussion über gewisse Ungenauigkeiten in Moravecs Memoiren und an meine Bemerkung an, man müsse beide Sprachversionen dieser Memoiren benutzen, da sie nicht wörtlich identisch seien. Gen. Tichýs Mitteilung ist nicht die eines unmittelbaren Zeugen, doch hat sie einen nicht geringen historischen Wert, da sie sich auf Umstände bezieht, zu denen archivalische Belege überhaupt sehr knapp und dürftig, für die Historiker bisher nicht zugänglich sind oder möglicherweise infolge planmäßiger späterer Vernichtung überhaupt nicht mehr existieren. Der Inhalt der Mitteilung von Gen. a. D. Tichý wurde mir kurz nachher von Oberst a. D. R. Strankmüller (gest. im März 1988), ebenfalls Offizier des tschechoslowakischen militärischen Nachrichtendienstes in der Vorkriegs- und Kriegszeit, bestätigt. Oberst Strankmüller sagte mir, er kenne die Sache nur aus einer späteren mündlichen Mitteilung von Seiten Gen. Moravecs (dessen Stellvertreter er 1939–1945 in London war), da er selbst erst im Herbst 1937, also nach der kritischen Zeit, den Dienst in der Prager Zentrale des militärischen Nachrichtendienstes angetreten habe.

Die ursprüngliche Aussage von Gen. Tichý im Gespräch lautete kurz und bündig: „Das, was Moravec in seinen Memoiren über Tschatschewski schreibt, daß er nichts wußte, ist nicht wahr.“ Ich bat selbstverständlich um weitere Einzelheiten; die ganze schriftliche Mitteilung lautet: „Damals im Jahre 1936 sagte mir Moravec persönlich im Büro, daß er zusammen mit Hájek [Oberst Hájek, Chef der II. Abt. bis Ende 1938] auf die Burg zum Präsidenten gerufen wurde, um ihre Meinung über ein Dokument zu äußern, welches Beneš von Mastný erhielt, der es persönlich aus Berlin mitbrachte. Das Dokument betraf den Verrat von Tschatschewski und seine Zusammenarbeit mit den Deutschen. Moravec leugnet es [in den Memoiren], offensichtlich aus Rücksicht auf die unerhörten Folgen distanziert er sich davon. Ich überlegte mehrmals, warum er es mir sagte. Ich erkläre es mir durch eine besondere Stimmung, Aufregung, durch das Bewußtsein des Ernstes der Sache. Er fühlte die Notwendigkeit einer Entspannung, einer Möglichkeit sich jemandem anzuvertrauen, wahrscheinlich wollte er auch ein bißchen prahlen. Es geschah kurz nach der Rückkehr Moravecs von der Burg, d. h. am selben Tage. Es war nur logisch und offensichtlich, daß Beneš die Auskunft nicht an Stalin weiterleiten würde, ohne die militärischen Experten nach ihrer Meinung zu befragen.“⁶

Ich sehe keine Gründe, den Inhalt der spontanen Äußerung von Gen. Tichý in Frage zu stellen. In mehreren Gesprächen prüfte ich die Zuverlässigkeit seines exakten Gedächtnisses an anderen kontrollierbaren Einzelheiten. Tichýs Datierung des Geschehenen (1936) stimmt nicht, die Einladung auf die Burg konnte etwa in der letzten Woche des April 1937 erfolgt sein; diese Zeitverschiebung fast 50 Jahre nach den Ereignissen ist aber ziemlich leicht erklärlich. Auch, daß der Gesandte Mastný

⁶ O. Tichý, Aufzeichnungen über seine Laufbahn im Nachrichtendienst und Bemerkungen zum Buche des Gen. Moravecs; maschinenschriftliches Manuskript in tschechischer Sprache (Kopie in meinem Archiv).

die Dokumente geliefert habe, müsse nicht wörtlich genommen werden, so soll sich Beneš geäußert haben. Diese Mitteilung eines „eingeweihten Zeitgenossen“ bestätigt also nicht nur, daß in Prag wirklich gewisse Dokumente aus Berlin eintrafen, sondern auch, daß der an Beneš gerichtete Vorwurf von Leichtsinnigkeit und unangemessener Leichtgläubigkeit nicht gerechtfertigt ist: Er hat die Dokumente den Militärs zur Expertise vorgelegt. Soweit die Korrektur der Tatsachen im Lichte einer bisher unbekanntenen Quelle zur Rolle Prags und Beneš' persönlich in der Tuchatschewski-Affäre.

Bei der Beurteilung der Denkweise Beneš' darf übrigens unmöglich außer acht gelassen werden, daß er in seiner Stellung (und seinem Lebenslauf entsprechend) in allererster Linie verpflichtet war, die prinzipielle *raison d'état* seines Staates und Volkes als eines kleinen Nachbarn Deutschlands zu respektieren, wozu ganz sicher die Vereitelung einer potentiellen Rückkehr der UdSSR zum Rapallo-Kurs gehörte. Viele der ausländischen Autoren verstehen leider diesen Imperativ nicht recht.

Auf der Basis der heute bekannten Quellen und gestützt auf einige in der allerletzten Zeit in der UdSSR veröffentlichte Daten lassen sich aber auch gewisse allgemeinere Schlußfolgerungen über den Fall Tuchatschewski ziehen. Schon I. Pfaff bezeichnete mit Recht einige übertriebenen Einschätzungen der Rolle Beneš' als mehr dem Wunschdenken als den Tatsachen entsprechende Schilderungen. Die Ansicht, Beneš habe in der ganzen Affäre eine zentrale und entscheidende Rolle gespielt, gehört in den Bereich der Legenden. Auf Grund indirekter, aber doch schwerwiegender Beweise (direktes Beweismaterial ist in der ganzen Sache eher selten) und gewisser neuer sowjetischer Enthüllungen kann man sogar feststellen, daß in der bisherigen einschlägigen Literatur die Wichtigkeit des „Prager Gliedes“ in der ganzen Affäre meist weit überschätzt wird. Es ist nicht das Ziel dieser Zeilen, zu den bestehenden noch weitere Vermutungen und Theorien hinzuzufügen, es soll aber auf gewisse, bisher nicht oder nicht genügend in Erwägung gezogene Tatsachen hingewiesen werden.

So sollte etwa die bisherige stillschweigende Annahme, die von Berlin über Prag nach Moskau geschickten gefälschten Dokumente seien zur Vorbereitung des Prozesses gegen Marschälle und Generäle der Roten Armee im Juni 1937, etwa als Grundstein der Anklageschrift, verwendet worden, gründlich überprüft werden. Die Moskauer „Prawda“ veröffentlichte vor kurzem im Rahmen der Politik von „Glasnost“ einen sehr ausführlichen ganzseitigen Aufsatz des Generalleutnants des juristischen Dienstes der Sowjetarmee Boris Wiktorow⁷, der im Januar 1955 zum stellvertretenden militärischen Hauptprokurator ernannt wurde und den Auftrag erhielt, eine besondere Gruppe von erfahrenen militärischen Juristen und Untersuchungsrichtern zu bilden, die auf Grund der im Archiv vorhandenen Akten des Prozesses von 1937 die ganze Strafsache der sowjetischen Generalität überprüfen sollte, um

⁷ Prawda (Moskau), Nr. 120, 29. April 1988, S. 3: „Zagovor v Krasnoj Armii. Zapiski voennogo prokuratora“ [„Verschwörung in der Roten Armee. Notizen des Militärprokurators“].

ihre Rehabilitierung vorzubereiten. Die Mitglieder der Gruppe hatten Zutritt zu den Untersuchungs- und Prozeßakten, sogar einige noch lebende Untersuchungsoffiziere, die mehr als ein Vierteljahrhundert zuvor den „Fall Tschatschewski“ bearbeitet hatten, wurden befragt. Trotz des höchsten politischen Segens war ihre archivalische Ausbeute ungeheuer dürftig. In den Untersuchungsprotokollen waren nur bekannte, ganz allgemein klingende Geständnisse einer „Schädlingstätigkeit und Spionage“ enthalten, irgendeine Konkretisierung fehlte aber ganz. Das Stenogramm der eintägigen Sitzung des Armeekollegiums des Obersten Gerichtshofes der UdSSR „zählte nur ein paar Seiten“ (zum Vergleich: das gedruckte Stenogramm des zweiten Schauprozesses im Januar 1937 hat 636 Druckseiten, d. h. pro Tag etwa 40–60 Druckseiten). Für Wiktorow waren diese Umstände ein klarer „Beweis für den Primitivismus der Erörterung einer so schweren und weitreichenden Beschuldigung“; in den Akten waren „keine Antworten enthalten auf Fragen wie: was für Militärgelheimnisse und Informationen über das sowjetische Rüstungsgut die Beschuldigten im Sinne der Anklagerede verraten haben sollten“. Die ehemaligen Untersuchungsoffiziere gaben zu, damals bloß Befehle erhalten zu haben, „um jeden Preis“ Geständnisse zu erreichen. Gen. Wiktorow zufolge wurde dieser Prozeß also, soweit sich das auf der Basis der existierenden archivalischen Bestände sagen läßt, ganz ohne dokumentarische Unterlagen oder Sach- und Aktenbeweise vorbereitet und durchgeführt. Die „Prager Dokumente“ lagen also dem Gericht als Schlüsseldokumente der Anklage wohl gar nicht vor.

Die eingehende Textkritik der Formulierungen des außenpolitischen Beschlusses des Politbüros der KPdSU(B) vom 24. Mai 1937 in der Sache Tschatschewskis, den I. Pfaff als Anhang (Dok. 3) veröffentlichte, legt die Annahme nahe, daß nicht einmal diesem höchsten politischen Gremium die „Prager Dokumente“ vorlagen. Sie sind im Text zwar erwähnt, aber nur im Rahmen eines stark propagandistisch gefärbten Kommentars, aus dem nicht klar zu erkennen ist, ob die Dokumente überhaupt vorgelegt worden sind oder ob nur eine „Anhörung des Berichtes des Genossen Stalin und des Berichtes des NKID“ [= Volkskommissariat des Äußern] stattfand; man trifft sogar Redewendungen wie „... wie Genosse Stalin das Politbüro überzeugend unterrichtete“. Das erweckt den Eindruck, daß das Politbüro zuerst die „überzeugende Unterrichtung“ Stalins vernahm und erst danach über die Existenz der von Beneš im Anhang einer persönlichen Botschaft an Stalin zur Verfügung gestellten Dokumente unterrichtet wurde. Ganz gewiß kann man aber aus dem Texte des Beschlusses nicht die Schlußfolgerung ziehen, daß die „Prager Dokumente“ hier durch den eigentlichen Initiator des Prozesses gegen die Armeeführung benutzt und vorgelegt wurden. Man könnte sogar fragen, ob Stalin diese Dokumente überhaupt brauchte.

In der historischen Literatur ist seit langem bekannt⁸, daß im zweiten Moskauer Schauprozess in der letzten Januarwoche von 1937 der Name Tschatschewskis

⁸ Siehe z. B. R. Kvaček, *Nad Evropou zataženo. Československo a Evropa 1933–1937* [Über Europa bewölkt. Die Tschechoslowakei und Europa 1933–1937], Prag 1966, S. 383.

genannt wurde. Am zweiten Verhandlungstag, dem 24. Januar, nahm der Ankläger A. J. Wyschinski in der Abendsitzung das schon beendete Verhör von K. B. Radek erneut auf und stellte ihm Fragen über gewisse Vorkommnisse im Jahre 1935. In diesem Zusammenhang wurde Tuchatschewski sowohl von Wyschinski als auch von Radek erwähnt. Neben dem Marschall wurde auch der ihm nahestehende General Witalij Putna genannt, der, laut Wyschinski, „Beziehungen zu Mitgliedern ihrer [Radeks] trotzkistischen illegalen Organisation hatte“⁹. Radeks Erklärungen, Tuchatschewski habe damit nichts zu tun, er sei „der Partei und Regierung absolut ergeben“, hatten kein Gewicht, kamen sie doch aus dem Munde eines des Hochverrats Angeklagten (daß Radek unbestritten eine der Hauptpersonen des Prozesses und trotzdem unter den vielen war, die nicht zur Höchststrafe durch Erschießen, sondern „nur“ zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, ist beachtenswert). Die Erwähnung dieser zwei Namen, Putnas und Tuchatschewskis, war unzweifelhaft ein Signal dafür, daß die Säuberungen in absehbarer Zeit neben Persönlichkeiten aus der Partei, dem Staat und der Wirtschaft auch das Militär betreffen. Die Schauprozesse wurden nämlich planmäßig geführt, die Namen anderer Personen, außer den Angeklagten, fielen nicht zufällig oder spontan, sondern absichtlich.

Den Historikern ist aber, mit Ausnahme des exilpolnischen Sozialisten A. Ciolkosz¹⁰, entgangen, daß General Putna, ein langjähriger enger Mitarbeiter Tuchatschewskis, schon im ersten Schauprozess im August 1936 gegen Sinowjew, Kamenew u. a. nicht nur namentlich erwähnt, sondern sogar als „einer der aktivsten Teilnehmer an der trotzkistischen Arbeit“ und als „alter aktiver Trotzki“ charakterisiert worden war¹¹. In diesem Zusammenhang soll auch erwähnt werden, daß Radek, der im Januar 1937 auf der Angeklagtenbank saß, schon im August 1936 wie nebenbei vom Angeklagten Kamenew genannt wurde. Schon diese erste namentliche Erwähnung von Putna (abgesehen davon, wann er eigentlich verhaftet wurde, was bisher nicht einwandfrei festgestellt wurde) ist schwerlich anders denn als Signal für seine – und nicht nur seine – spätere Anklage zu deuten. Auch hier wurde die Aussage in der gleichen Weise wie bei der Befragung Radeks ein halbes Jahr später registriert: kurz vor Schluß der Abendsitzung am 21. August, wieder wie nebenbei, fragte Wyschinski den Angeklagten Dreitzer „bezüglich gewisser Einzelheiten“. Die Regie, die weitere „Doppelzüngler“ nicht voll entlarvte, aber doch

⁹ Prozeßbericht über die Strafsache des sowjetfeindlichen trotzkistischen Zentrums, verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 23.–30. Januar 1937 gegen J. L. Pjatakow, K. B. Radek, G. J. Sokolnikow ...; Vollständiger stenographischer Bericht, hrsg. vom Volkskommissariat für Justizwesen der UdSSR, Moskau 1937, S. 160.

¹⁰ A. Ciolkosz, *Tajemnica Tuchaczewskiego* [Das Geheimnis von Tuchatschewski], *Tydzien Polski* (London), 25. 5., 1. 6. und 8. 6. 1963.

¹¹ Prozeßbericht über die Strafsache des trotzkistisch-sinowjewistischen terroristischen Zentrums, verhandelt vor dem Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der UdSSR 19.–24. August 1936 gegen G. J. Sinowjew, L. B. Kamenew ...; hrsg. vom Volkskommissariat für Justizwesen der UdSSR, Moskau 1936. Abgekürzte Fassung nach dem in den „Iswestija“ veröffentlichten Prozeßbericht; zu Putna vgl. S. 118, zu Radek S. 67.

schon vorläufig anklagend nannte, war also nicht besonders erfindungsreich und wiederholte sich sogar in prozeßtechnischen Einzelheiten. Diese Quasi-Einleitung von Verfahren mittels Andeutungen schon im Augustprozeß lassen die Schlußfolgerung zu, daß über die Säuberung der Armeespitze schon vor dem August 1936 entschieden war; auch die Angeklagten standen mindestens teilweise schon fest. Mit den „Prager Dokumenten“ oder Heydrichs Intrige stand diese Entscheidung in keinem Zusammenhang. Zu gewissen chronologischen Aspekten kehren wir noch zurück.

Schon Mitte der sechziger Jahre bemerkte ein gut orientierter tschechoslowakischer Historiker, daß Beneš' Sorgen über eine eventuelle Rückkehr Moskaus zum Rapallo-Kurs permanent für seine Schritte maßgebend waren¹². Als vor Beginn des Moskauer Januarprozesses von 1937 bei Beneš die erste, noch sehr vage Information bzw. das Gerücht über geheime Verbindungen zwischen Moskau und Berlin eintraf (er selbst gibt das Datum 12. Januar an), wurde von den Regisseuren des Prozesses wirklich alles mögliche getan, um die Befürchtungen und Sorgen Beneš' zu steigern. Die außenpolitischen Konzepte, von denen Radek sprach, der einzige der Angeklagten übrigens, der mit außenpolitischen Problemen näher zu tun hatte, waren ganz präzise so formuliert, daß man in Prag vor den Plänen der sowjetischen oppositionellen Kreise Angst bekam. Zwangsläufig mußte das den aus Berlin durchsickernden „Indiskretionen“ Trauttmansdorffs noch mehr Gewicht verleihen. Denn Radek sprach ausdrücklich von einer angeblichen Unterordnung der sowjetischen Opposition unter die Pläne und Erfordernisse des deutschen Generalstabs, vom beiderseitigen Nutzen einer Rückkehr zur einstigen Rapallo-Linie trotz ideologischer Unterschiede und sogar mit entsprechenden sowjetischen Zugeständnissen sowie ausdrücklich vom „Abbruch unserer sämtlichen Beziehungen zur Tschechoslowakei, die diesem Lande einen Schutz gewähren könnten“¹³. Bei Radek handelte es sich nicht um vereinzelte Aussagen, sondern um eindeutige Meinungsäußerungen, praktisch die einzigen, die im Namen der Opposition formuliert wurden. Ihre Wirkung in Prag war im voraus leicht und präzise einzuschätzen – war das vielleicht das wahre Ziel? Es steht aber außer Zweifel, daß Heydrich, der in der Literatur häufig als Urheber der meisterhaften Provokation gegen Tschatschewski genannt wird, nicht der Mann war, der die Fragen und Antworten während des Januarprozesses in der Sowjetunion leitete.

Die auffällige Übereinstimmung zwischen Radeks Vernehmungsaussagen und den Berliner „Indiskretionen“ läßt sich nur sehr schwer als bloßer Zufall erklären, da sich auch in anderen, unzweifelhaft in das Jahr 1936 fallenden Zwischenfällen eine Koinzidenz zeigt, die nicht in Einklang mit den bekannten Zeitfaktoren des Komplottes von R. Heydrich zu bringen ist. Eine Anzahl solcher Fälle führt I. Pfaff an, es sind aber auch weitere bekannt, die noch vor der bei ihm genannten ersten

¹² Vgl. Kvaček, *Nad Evropou zataženo*, S. 383.

¹³ Prozeßbericht 1937, S. 127, 145, 486 (wie Anm. 9).

Spur (etwa Görings Gespräch mit Graf Szembek in der ersten Hälfte August 1936) liegen¹⁴.

Über die Anfänge des ganzen Komplottes gegen Tuchatschewski sind wir immer noch unzureichend informiert; der *terminus a quo* liegt nach den Angaben in Schellenbergs Memoiren kurz vor Ende des Jahres 1936, als Hitler etwa Mitte Dezember die Entscheidung traf, die gegen Tuchatschewski gerichtete Desinformierungsaktion zu starten. Bei dieser „klassischen“ Chronologie entsteht aber die Frage, wem man die während des Jahres 1936 häufig auftauchenden Gerüchte (oder den Einbruchversuch in Prag im Oktober usw.) über angebliche Intrigen Tuchatschewskis oder allgemeiner der hohen sowjetischen Militärkreise zuschreiben sollte. Manches von diesem Klatsch ähnelte aber zu sehr, in den Einzelheiten sogar fast wörtlich, der Beschreibung der Ziele und Pläne der hochverräterischen Verschwörung, wie sie dann offiziell aufgetischt wurden, z. B. eben im Politbürobeschluss vom 24. Mai 1937. Das gilt in breitem Maße z. B. für vertrauliche Informationen, die in der ersten Dezemberhälfte von 1936 der bekannte ukrainische Politiker R. Smal-Stockyj, damals Professor der Warschauer Universität, dem tschechoslowakischen Außenministerium mitteilte, zu dem er noch aus den zwanziger Jahren Kontakte hatte.

Man kann nicht ausschließen, daß einige der 1936 auftauchenden Gerüchte über sowjetisch-deutsche Verhandlungen mit Berlin sich auf die äußerst geheimen Verhandlungen bezogen, die schon seit 1934 geführt wurden, und zwar auf Stalins Veranlassung, hinter Litwinows Rücken und nicht durch normale diplomatische Kanäle; einiges könnte hier durchgesickert sein. Daß es diese inoffiziellen Kontakte tatsächlich gab, räumte vor kurzem zum ersten Male – obgleich nur ganz allgemein – der sowjetische Historiker N. Ejdelman ein¹⁵. Auch dieser Möglichkeit eingedenk, weist manches darauf hin, daß man den *terminus a quo* wesentlich früher in das Jahr 1936 vorverlegen sollte. Es gibt auch eine zweite Möglichkeit, die man in Erwägung ziehen könnte: Der SD-Agent aus den russischen Emigrantenkreisen Gen. M. W. Skoblin (den manche Autoren verdächtigen, er sei Doppelagent von SD und NKWD gewesen), der laut Schellenberg im Spätherbst 1936 (oder vielleicht wesentlich früher) Heydrich über die angeblichen Umtriebe des Marschalls Tuchatschewski informierte, erfüllte dabei einen Geheimauftrag von einem der NKWD-Chefs Jagoda oder Jeschow. Das ist nicht mehr als eine Arbeitshypothese, die freilich z. Zt. dokumentarisch nicht beweisbar ist, aber schon mehrmals in verschiedenen Varianten in der Literatur vertreten wurde. J. Pfaff lehnt sie ab¹⁶. Trotz seiner Einschätzung, daß eine solche Vorgehensweise „sowohl der politischen Logik als

¹⁴ V. Král, *Spojenectví československo-sovětské v evropské politice 1935–1939* [Das tschechoslowakisch-sowjetische Bündnis in der europäischen Politik 1935–1939], Prag 1970, S. 176 ff. – Mit Králs Arbeiten ist es ratsam sehr vorsichtig vorzugehen; die entsprechenden Archivquellen sind für mich z. Zt. unüberprüfbar.

¹⁵ *Literaturnaja gazeta* (Moskau), Nr. 19, 11. Mai 1988, S. 14: W. Abaranow: „Belyje pjatna. Kruglyj stol sovětskich i polských istorikov“ [„Die weißen Flecke. Der runde Tisch sowjetischer und polnischer Historiker“].

¹⁶ Pfaff, Prag, S. 101 f.; eine kurze Aufzählung der Literatur findet sich ebenda.

auch dem Prestigedenken beider Geheimdienste“ widersprochen hätte, was teilweise unbestreitbar wahr ist, hat diese Arbeitshypothese doch manches für sich, da sie sicher festgestellten Tatsachen des ganzen Problems nicht widerspricht, aber andererseits doch manche sonst unerklärbaren Komplexe, z. B. die fast komplette Übereinstimmung zwischen den Vernehmungsaussagen Radeks und den diplomatischen Indiskretionen Berlins, aufhellt. In diesem Sinne kann man also sagen, Beneš' Vermittlung und die „Prager Dokumente“ waren keinesfalls die Initialzündung für das Blutbad im Offizierskorps der Roten Armee, die Lunte war schon längst gelegt und gezündet.